

## **Initiativantrag**

**der sozialdemokratischen Abgeordneten  
betreffend**

**Volksbefragung über das Rauchverbot in der Gastronomie**

**Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass diese über die Beibehaltung des bereits im Jahr 2015 beschlossenen absoluten Rauchverbots in der Gastronomie, welches mit Mai 2018 in Kraft treten soll, eine Volksbefragung im Nationalrat beantragt.

### **Begründung**

Laut World Health Organization (WHO) stellt Tabakkonsum die größte vermeidbare Ursache für chronische Krankheiten einschließlich Krebs, Lungen und kardiovaskuläre Erkrankungen und frühzeitige Sterblichkeit dar. Jährlich sterben 5 Millionen Menschen an den Folgen des Tabakkonsums; hinzukommen noch 600.000 Tote durch Passivrauch.

Tabak tötet pro Jahr mehr Menschen als Tuberkulose, HIV/AIDS und Malaria zusammen. In Österreich wird die Zahl der jährlichen Todesopfer auf rund 14.000 Menschen geschätzt.

Die Ankündigung der neuen Bundesregierung, das absolute Rauchverbot in der Gastronomie doch noch zu verhindern, stößt daher in der österreichischen Öffentlichkeit, insbesondere bei GesundheitsexpertInnen, auf heftige und fundierte Kritik.

Das von einer überparteilichen Plattform ins Leben gerufene Volksbegehren „Don't Smoke“ wurde alleine in der seit nur zwei Wochen laufenden Phase der Sammlung der Unterschriften für die Einleitung als Volksbegehren von mehr als 380.000 ÖsterreicherInnen unterstützt.

Gesundheit und klare Regelungen sind den Menschen in unserem Land ein Herzensanliegen. Das zeigt der beständige und rege Andrang bei der Abgabe der Unterstützungserklärungen.

Die ÖsterreicherInnen wollen gehört werden, sie wollen gefragt werden. Für die Bundesregierung ist das die Chance, den Worten für mehr direkte Demokratie Taten folgen zu lassen. Dazu braucht sie gar keine neuen direkt-demokratischen Instrumente erfinden, sondern nur die bestehenden anwenden.

Linz, am 26. Februar 2018

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Makor, Krenn, Binder, Rippl, Müllner, Weichsler-Hauer, Peutlberger-Naderer, Bauer, Promberger, Punkenhofer, Schaller**